

Die Rezession von 1967 verminderte den Arbeitskräftebestand (219 000) gegenüber dem Vorjahr um 17%. Dies ist seit 1962 der geringste Stand; erst seit 1969 nahmen die Beschäftigten wieder zu (6%). Um den zunehmenden Aufträgen und Anforderungen nachkommen zu können, versucht die Bauwirtschaft immer mehr ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Im weiteren schließt man sich zu Arbeitsgemeinschaften zusammen und rationalisiert in verstärktem Maß.

Baden-Württemberg ist ein Land mit wenig Bergbau. Es liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaftsabteilung *Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau* wurde daher bei relativ konstanter Beschäftigung in Energiewirtschaft und Wasserversorgung nicht von den großen Bewegungen der Umstrukturierung des bundesdeutschen Bergbaus betroffen.

Tabelle 7
Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	1961	1969	Veränderung 1969/ 1961	Anteil am Bund 1968
	1000		%	
Land- und Forstwirtschaft	637	423	- 34	11
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30	29	- 5	5
Verarbeitendes Gewerbe	1 765	1 824	+ 3	18
Baugewerbe	295	355	+ 20	17
Handel	372	370	- 1	12
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	173	180	+ 4	12
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	65	94	+ 44	16
Dienstleistungen	405	500	+ 24	15
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	70	71	+ 1	17
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	188	208	+ 11	10
Insgesamt	4 013	4 053	+ 1	15

Beim *Handel und Verkehr* ist keine Stellung im Beruf besonders bevorzugt vertreten. Seit 1961 hat die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig um 1% auf 550 000 zugenommen. Der Anstieg in den Jahren bis 1965 wurde 1966 wieder weitgehend abgebaut. Die wirtschaftliche Flaute von 1967 wirkte sich in diesem Bereich nicht aus. Zwischen 1968 und 1969 sank die Zahl der Arbeitskräfte nochmals um 2%. Da die öffentlichen Verkehrsträger Bundespost und Bundesbahn zum *Verkehr* und der Nachrichtenübermittlung gehören, wird sich deren Personalpolitik dort leicht dämpfend auswirken. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den kommunalen Verkehrsträgern zu beobachten. Bei relativ hohem Anteil (um 60%) an der Gesamtzahl der Beschäftigten in dieser Wirtschaftsabteilung verhindern die durchgeführten personalsparenden Rationalisierungen weiterhin ein Ansteigen der Erwerbstätigen. Im *Handel* sind gegenüber dem Vorjahr 11 000 Personen weniger beschäftigt. Die Indexreihe zeigt, daß 1969 weniger Erwerbstätige arbeiten als

bei der Volkszählung 1961. Bis 1965 nahm deren Zahl zu und danach wieder stetig ab. Es scheint so, als ob immer weniger junge Frauen geneigt sind, die ungünstigen Arbeitszeiten im Einzelhandel hinzunehmen.

In den *Sonstigen Wirtschaftsbereichen*, in denen vor allem die Dienstleistungen und die Gebietskörperschaften einschließlich der Sozialversicherung zählen, sind 873 000 Personen oder 22% aller Erwerbstätigen beschäftigt. Ihre Zahl ist seit 1961 stetig gewachsen. Seit 1968 sind 19 000 Personen (2%) hinzugekommen. 531 000 (61%) aller hier Beschäftigten sind Beamte und Angestellte. Anteilsmäßig werden mehr Frauen als Männer beschäftigt. Ein Übergewicht der Frauen ist sonst nur noch bei der Land- und Forstwirtschaft zu finden. Es kann angenommen werden, daß aus diesem Bereich und auch aus dem Produzierenden Gewerbe Frauen in den Dienstleistungssektor abgewandert sind. Diese Entwicklung ist charakteristisch für eine fortgeschrittene Industriegesellschaft. Der Dienstleistungssektor nimmt immer mehr zu, während aufgrund des technischen und organisatorischen Fortschritts relativ weniger Arbeitskräfte in der Produktion benötigt werden. Den relativ größten Anteil (57%) an der Zahl der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich haben die *Dienstleistungen*, deren Entwicklung seit 1962 stetig nach oben gerichtet war. Im letzten Jahr war der Zuwachs an Erwerbstätigen allerdings so klein, daß man kaum von einer signifikanten Änderung sprechen kann.

Die Dienstleistungen folgen mit einem Anteil von 12% an den Gesamtbeschäftigten dem Verarbeitenden Gewerbe, das mit 45% die meisten Erwerbstätigen aufweist. Seit einigen Jahren haben die Dienstleistungen somit die Land- und Forstwirtschaft vom zweiten Platz verdrängt.

Interessant ist noch die Entwicklung der *Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes*. Seit 1961 hat sich ihre Beschäftigtenzahl um 44% erhöht und damit am stärksten von allen Wirtschaftsabteilungen. Der Anteil an allen Beschäftigten ist allerdings zu klein, um die Gesamtentwicklung beeinflussen zu können.

Die Zahl der Erwerbstätigen bei den *Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung* hat sich seit 1961 um 11% erhöht und seit dem Vorjahr um rund 1% auf 208 000 Personen zugenommen. In der gleichen Zeit hat die Wohnbevölkerung um 13% zugenommen. Damit hat sich der personelle Verwaltungsaufwand nicht ganz in dem Maße erhöht, wie nach der Entwicklung der Wohnbevölkerung zu erwarten gewesen wäre.

Ausblick

Zusammenfassend kann man vermuten, daß der Schrumpfungsprozeß bei der Land- und Forstwirtschaft noch nicht beendet ist. Der Trend bei den Angestellten ist wiederum mehr nach oben gerichtet als bei den Arbeitern. Die Entwicklung beim Produzierenden Gewerbe, mit seinem hohen Anteil an Arbeitern, wird auch künftig stärker von den Wirtschaftsschwankungen abhängen, als in jenen Wirtschaftsbereichen mit höheren Angestelltenquoten.

Dipl.-Volkswirt Ernst-Dieter Kaeser

Zur Ermittlung der Haushaltseinkommen

Mit ersten Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Der Pulsschlag eines konsumorientierten Wirtschaftskreislaufs wird wesentlich von dem Verbrauch der privaten Haushalte bestimmt. Dieser Verbrauch setzt aber Einkommen voraus, deren Träger juristisch gesehen im allgemeinen Einzelpersonen sind, die jedoch ökonomisch in der Form von Haushaltungen dem Markt gegenüberstehen. Zu der laufenden Beobachtung aller das Marktgeschehen betreffenden Wirtschaftsvorgänge gehört daher die Kenntnis der Entstehung, Verteilung und Verwendung von Haushaltseinkommen sowie des sich daraus ergebenden Strukturbildes der privaten Haushalte. Die unter diesem Gesichtspunkt der amtlichen Statistik zufallende Aufgabe einer Erfassung und Beobachtung von Haushaltsein-

kommen stand bisher hinter den mannigfaltigen individuelleinkommensstatistischen Quellen zurück. Erst die zunehmende Erkenntnis von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des privaten Sektors und seiner marktbestimmenden Nachfrage, zu deren Veranschaulichung das *Schaubild 1* beitragen will, gab Veranlassung zu näherer Untersuchung von Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte.

Abgesehen von den Möglichkeiten, über den *Mikrozensus*¹ die Einkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder zum Haushaltseinkommen zusammenzuführen, bieten sich erste Ansätze zu einer gründlicheren Analyse für Baden-Württemberg mit

¹ Jährliche Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens.

der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, an der rund 7000 Haushalte aller Schichten teilgenommen haben. Neben anderen die Haushaltsstruktur bestimmenden Merkmalen, wie zum Beispiel der Besitz hochwertiger Gebrauchsgüter, die Höhe, Zusammensetzung und Bildung von Vermögenswerten oder die Gliederung des privaten Verbrauchs, über die zum Teil schon in dieser Zeitschrift berichtet wurde², ist diese Repräsentativerhebung auch auf die Entstehung von Haushaltseinkommen gerichtet.

Um hier einen ersten Überblick über die aus der endgültigen Auswertung zu erwartenden Erkenntnisse geben zu können, werden nachfolgend die Ergebnisse einer Vorwegauswertung für den Monat Juni 1969 dargestellt. Einschränkend ist zu bemerken, daß es sich dabei nur um den Teil der Haushaltseinkommen handelt, der aus unselbständiger Arbeit und Einkommensübertragungen stammt, also um das sogenannte Masseneinkommen, soweit es bei allen Haushaltstypen, auch den Haushalten von Selbständigen, anfällt. Die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und Vermögen sind nicht eingeschlossen. Sie werden erst erhoben, wenn die Angaben für die Steuererklärungen 1969 bei den Haushalten vorliegen, was vermutlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1970 der Fall sein wird. Aus technischen Gründen konnten bei der Vorwegaufbereitung private Einkommensübertragungen nicht berücksichtigt werden, was den Wert dieser vorläufigen Daten nicht schmälert. Die folgenden Ergebnisse gründen sich somit auf Einkommensangaben über

Löhne,
Gehälter,
Renten,
Pensionen,
Sonstige öffentliche Übertragungen,
soweit als solche erkennbar.

Tabelle 1
Durchschnittliches Nettoeinkommen
der privaten Haushalte aus unselbständiger Arbeit,
Rente, Pension u. ä. im Juni 1969

Haushaltstyp	Insgesamt	Davon aus			Rente, Pension u. ä.
		unselbständiger Arbeit			
		des Haus- haltsvor- standes	sonstiger Haushalts- mitglieder	zusammen	
	DM	%			
a) Nach der Haushaltsgröße (Personenzahl)					
1 Person	656	50,6	—	50,6	49,4
2 Personen	1 124	51,1	16,5	67,6	32,4
3 Personen	1 317	74,3	16,4	90,7	9,3
4 Personen	1 395	83,5	11,8	95,3	4,7
5 und mehr Personen.	1 420	83,9	12,6	96,5	3,5
b) Nach der Höhe des monatl. Haushaltsnettoeinkommens am 1.1.1969¹⁾					
bis unt. 300 DM	237	9,6	2,0	11,6	88,4
300 bis unt. 600 DM	517	20,9	5,4	26,3	73,7
600 bis unt. 800 DM	817	64,0	6,5	70,5	29,5
800 bis unt. 1200 DM	1 107	75,9	11,1	87,0	13,0
1200 bis unt. 1800 DM	1 537	73,0	17,0	90,0	10,0
1800 und mehr DM ..	2 226	76,2	15,7	91,9	8,1

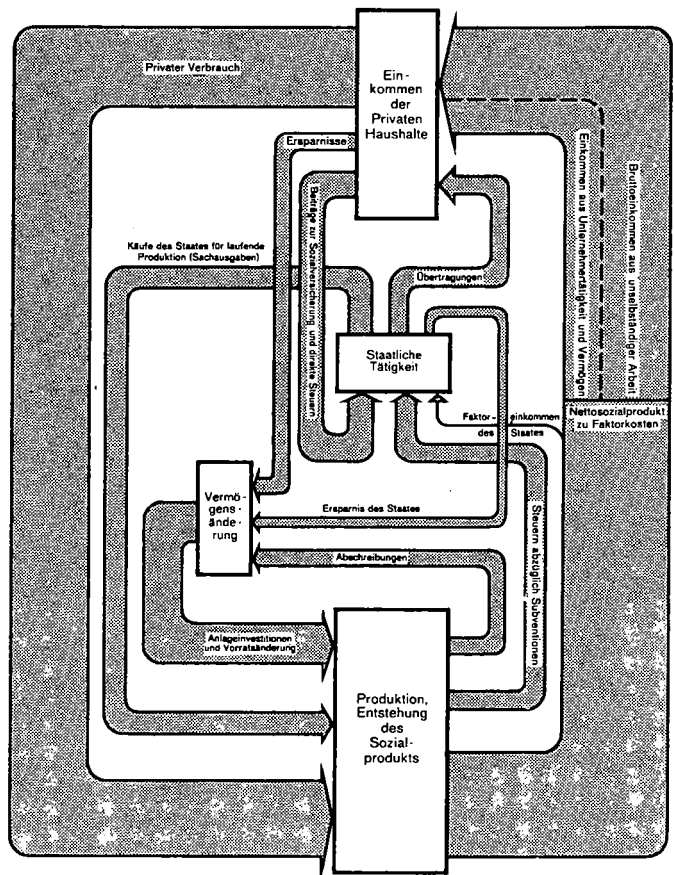
¹⁾ Ohne Haushalte von Landwirten.

Durchschnittliches Haushaltseinkommen über 1000 DM monatlich

Die Angaben für den Monat Juni können nach Beseitigung vorangegangener Unklarheiten bei den Haushalten als zuverlässig gelten, auch gingen sie noch kurz vor der Urlaubssaison relativ pünktlich ein. Bei den etwas mehr als 7000 Haushalten ergab sich ein durchschnittliches Nettomonatseinkommen von 1150 DM, wovon 82% auf Lohn und Gehalt und 18% auf Versorgungsbezüge entfielen. Neben dem Beitrag des Haushaltsvorstands zur Haushaltskasse von 69% steuern berufstätige Haushaltsmitglieder weitere 13% zum gemeinsamen Etat bei. Im

² Bisher erschienen: „Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs“ in Heft 8/1969; „Möglichkeiten und Grenzen der Vermögensermittlung für Baden-Württemberg“ in Heft 1/1970.

Die Privaten Haushalte im Kreislauf der Volkswirtschaft — Vereinfachte Darstellung ohne Auslandsbeziehungen —



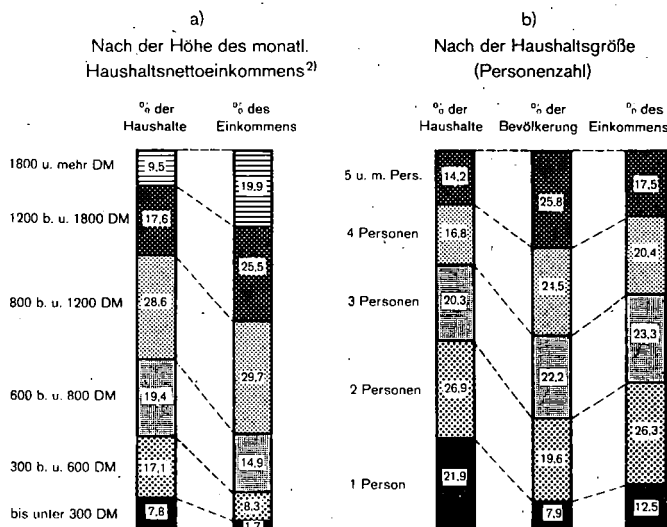
1170

allgemeinen sagen aber solche statistischen Durchschnittswerte nur wenig aus, wenn die zu vermutende Streuung auf den Rängen der Einkommensskala unberücksichtigt bleibt. Auch mißt sich ein Einkommensbezieher eher an dem Durchschnittsniveau der ihm adäquaten sozialen Schicht als an einem Durchschnittswert aus stark heterogenen Gruppen, an dem er sich rechtlich nicht orientieren kann.

Eine erste Möglichkeit der Gliederung und Typisierung läßt sich nach der Haushaltsgröße und der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens darstellen (Tabelle 1). Obwohl sich um diese Durchschnitte immer noch erhebliche Streuungen ergeben können, erschließen sie doch schon beachtliche Erkenntnisse über den sozialen Standort verschiedener Haushaltstypen. Zum Beispiel weist der hohe Anteil der Versorgungsbezüge bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten eindeutig darauf hin, daß der größte Teil der Rentner und Pensionäre diesen Haushaltstypen angehört. Gleichzeitig ergeben sich auch in den untersten Einkommensgruppen die höchsten Anteile an abgeleiteten Einkommen, womit die ungünstige Position dieser Haushalte klar definiert ist. Die Haupteinkommensquelle, die als Einkommen aus unselbständiger Arbeit durchweg beim Haushaltsvorstand liegt, steigt mit der Haushaltsgröße. Daneben mindert sich der von sonstigen Haushaltsmitgliedern hinzuverdiene Anteil mit zunehmender Personenzahl, was wahrscheinlich mit der stärkeren Bindung der Hausfrau an den größeren Haushalt zu erklären ist. Die Gliederung nach dem Einkommen zeigt dagegen mit zunehmendem Einkommen des Haushaltsvorstands einen steigenden Anteil der sonstigen Haushaltsmitglieder, der lediglich bei der obersten Einkommensgruppe etwas abnimmt, in der ja die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Zusatzeinkommens am geringsten ist.

Von der Besonderheit des vorläufigen Auswertungsverfahrens ergibt sich ein anschauliches Beispiel für die der Einkommensentwicklung innewohnende Dynamik, und zwar in der Tabelle

Die Verteilung des Masseneinkommens¹⁾ auf die Haushalte Baden-Württembergs



1) Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Rente, Pension, Unterstützung u. dgl.
2) Ohne landwirtschaftliche Haushalte.

1b) bei der Einkommensgruppe von 600 bis unter 800 DM. Während die Zuordnung der Haushalte zu den Einkommensgruppen am 1. Januar 1969 geschah und somit der Durchschnittswert unter 800 DM liegen mußte, ergab sich beim gleichen Kreis im Monat Juni 1969 bereits ein Durchschnittswert von 817 DM.

Um jedoch über den Rahmen des Masseneinkommens hinaus schon einen ersten Eindruck von dem Schichtungsbild aller bei den privaten Haushalten anfallenden Einkommensfaktoren, einschließlich des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zu erhalten, mußten vorläufige Ergebnisse des Mikrozensus 1968 herangezogen werden, die sich auf den Monat März beziehen und die Streuung der unterschiedlichen Haushaltstypen auf eine Reihe von Einkommensschichten erkennen lassen (Tabelle 2), wobei allerdings die landwirtschaftlichen Haushalte unberücksichtigt bleiben mußten. Zwischen den aus der endgültigen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu erwartenden und den hier dargestellten Ergebnissen des Mikrozensus besteht eine enge Beziehung, denn die am Mikrozensus teilnehmenden Haushalte wurden als Grundgesamtheit für die Stichprobenauswahl der

Tabelle 2

Private Haushalte nach der Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens (ohne landwirtschaftliche Haushalte)

Haushaltstyp	Haus- halte	Von den Haushalten insgesamt hatten ein monatliches Haushaltsnettoein- kommen ¹⁾ von . . . bis unter . . . DM						
		unter 300	300/ 600	600/ 800	800/ 1200	1200/ 1800	1800 und mehr	
	%							
a) Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes								
Selbständige	9,5	3,5	7,2	10,5	21,2	24,5	33,1	
Beamte	6,5	—	1,5	11,5	37,2	32,5	17,3	
Angestellte	19,6	0,8	4,8	12,4	33,3	32,6	16,1	
Arbeiter	34,3	1,6	11,4	27,4	38,5	16,4	4,7	
Nichterwerbstätige	30,1	20,3	35,3	18,4	15,9	7,0	3,1	
b) Nach der Haushaltsgröße (Personenzahl)								
1 Person	23,6	26,5	44,0	17,0	9,5	2,2	0,8	
2 Personen	27,1	2,4	16,1	24,9	32,5	17,2	6,9	
3 Personen	20,1	0,7	4,0	17,3	37,7	27,7	12,6	
4 Personen	16,4	0,3	2,8	17,5	36,2	26,7	16,5	
5 und mehr Personen	12,8	0,8	2,4	16,1	34,3	26,3	20,1	
c) Alle Haushalte								
Zusammen	100	7,0	16,0	19,1	29,2	18,7	10,0	

¹⁾ Ergebnisse des Mikro-Zensus 1968.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe herangezogen. Sucht man nach Schwerpunkten der Einkommensverteilung, so findet man unter dem Gesichtspunkt der sozialen Stellung des Haushaltsvorstands die Mehrzahl der Selbständigenhaushalte in den oberen Einkommensgruppen, während sich die Haushalte von Angestellten und Beamten durchschnittlich mehr im mittleren-gehobenen Niveau bewegen. Die Arbeiterhaushalte massieren sich dagegen in der Spanne von 600 bis 1200 DM monatlich, und die Nichterwerbstätigen, zumeist Rentner und Pensionäre, müssen sich mit den unteren Rängen der Skala begnügen. Nun läßt sich gegen das herkömmliche Unterscheidungskriterium der Stellung im Beruf mit Recht einwenden, daß es die sozialen Fakten einer modernen Industriegesellschaft nicht genügend berücksichtigt, denn das vom technischen Fortschritt geprägte soziale Bewußtsein hat zu neuen Rangvorstellungen geführt, denen die alten Begriffe nicht mehr gewachsen sind. Solange treffendere Merkmale noch gesucht werden müssen, bietet sich hier lediglich noch die Haushaltsgröße als ein Gliederungsmerkmal an, das durchaus soziale Bedeutung hat. So zeigt die Tabelle 2 b) wieder eine starke Konzentration der Haushalte von Alleinstehenden in den untersten Einkommensgruppen, was in Verbindung mit der Tabelle 1 ebenfalls auf einen hohen Anteil an Rentnern und Sozialhilfeempfängern folgern läßt. Sicher sind hier auch Studentenhaushalte zu finden, die aber der Zahl nach weniger Gewicht haben. Alle Typen von Mehrpersonenhaushalten sind schwerpunktmäßig in der Einkommensgruppe von 800 bis 1200 DM vertreten. Die Gründe hierfür lassen sich erst nach dem Vorliegen tiefer gegliederten Materials erkennen, denn neben den schon erwähnten Faktoren sind nicht zuletzt auch das Lebensalter und die Umweltbedingungen strukturbestimmend. Betrachtet man die oberste Einkommensgruppe von 1800 und mehr DM monatlich, so stellen die Großhaushalte darin den relativ größten Anteil. Gründe dafür werden eher in der Hebung der Nettoeinkommen infolge familienfreundlicher Besteuerung und staatlicher Familienhilfen zu suchen sein, als in der Wahrscheinlichkeit höherer Einkommens durch hinzuverdienende Haushaltsmitglieder.

Tabelle 3

Das Volkseinkommen und seine Verteilung auf die privaten Haushalte

Jahr	Private Haushalte	Volkseinkommen		Davon Einkommen aus	
		insgesamt	je Haushalt	unselbständiger Arbeit	Unternehmertätigkeit u. Vermögen
		Mrd. DM	1000 DM	%	
1961	2 624	37,4	14,2	60	40
1963	2 776	43,2	15,6	62	38
1965	2 939	52,0	17,7	64	36
1966 ¹⁾	2 992	55,2	18,4	65	35
1967 ¹⁾	3 019	54,2	18,0	67	33
1968 ¹⁾	3 093	59,3	19,2	65	35
1969 ¹⁾	3 160	66,5	21,0	67	33

¹⁾ Geschätzte Werte.

Globale Schätzungen

Wer gewöhnt ist, in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken, wird sich dafür interessieren, zu welchen Größenordnungen eigentlich die hier behandelten Haushaltseinkommen führen. Zu dieser Frage lassen sich in dem gegebenen Rahmen zwar nur überschlägige, aber dennoch sehr aufschlußreiche Betrachtungen anstellen.

Unter dem Gesichtspunkt des Masseneinkommens³⁾ führen die aus den vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 zu gewinnenden Anhaltspunkte zu der knapp unter 45 Mrd. DM liegenden Größenordnung. Dabei ist der absolute Volumensbetrag weniger interessant als seine Verteilung auf die einzelnen Haushaltstypen, wie sie mit dem Schaubild 2 dargestellt wird.

³⁾ Einkommen aus unselbständiger Arbeit und abgeleitete Einkommen aus Rente, Pension, Unterstützungen und dergleichen.

Augenfällig ist auch hier wieder der relativ hohe Anteil der Haushalte in den unteren Einkommensschichten. So müssen sich etwa 25% aller Haushalte mit Kleinsteinkommen bis zu 600 DM monatlich begnügen, um schließlich an nur 10% der Einkommenssumme zu partizipieren. Daß diese wirtschaftliche Ungunst hauptsächlich von den Empfängern abgeleiteter Haushaltseinkommen getragen werden muß, haben die vorher schon dargestellten Zusammenhänge erwiesen. Wie problematisch allerdings solche Vergleiche sind, gibt das *Schaubild 2 b)* zu erkennen, das für die einzelnen Haushaltstypen nicht nur deren Anteil an der Gesamtzahl aller Haushalte, sondern auch deren Bevölkerungsanteil aufweist. Hierdurch wird offenbar, daß bei einer Haushaltsgröße von drei Personen Bevölkerungs- und Einkommensparität herrschen, während bei den größeren Haushalten der Einkommensanteil gegenüber dem Bevölkerungsanteil abnimmt und sich zu den Einpersonenhaushalten hin das umgekehrte Verhältnis ergibt. So könnte leicht vermutet werden, daß die kleinen Haushalte relativ mehr Einkommen auf sich vereinigen und dadurch wirtschaftlich besser gestellt sind. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die hohen Fixkosten mit zunehmender Haushaltsgröße verhältnismäßig abnehmen, womit die Beziehung auf die Zahl der Haushalte wieder eher gerechtfertigt ist. Schließlich interessiert noch die Verteilung des Volkseinkommens auf die privaten Haushalte, wobei es um die Komponenten des Einkommens aus unselbständiger Arbeit und des Ein-

kommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Lohn, Gehalt, Zins und Gewinn) geht, wie aus der *Tabelle 3* ersichtlich ist.

Wenn auch die Höhe des durchschnittlichen Haushaltseinkommens aus den bereits erwähnten Gründen als Vergleichsmaßstab nur wenig Bedeutung hat, so trifft diese Einschränkung nicht für den Zeitvergleich zu, der sich als Indikator für Kaufkraftüberlegungen wie auch für Entwicklungsvergleiche sehr gut eignet. Zum Beispiel läßt der als Lohnquote ausgedrückte Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen die Reagibilität auf konjunkturelle sowie lohn- und tarifpolitische Einflüsse gut erkennen. Die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1967 wird hier als steigende Lohnquote deutlich, was darauf schließen läßt, daß bei gleichbleibenden Löhnen und Gehältern die wirtschaftliche Einbuße dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zur Last fiel. Eine umgekehrte Reaktion ist dagegen im Folgejahr 1968 bei konjunkturbedingter Zunahme des Volkseinkommens zu beobachten.

Die gezeigten Beispiele lassen stellvertretend die zahlreichen Zusammenhänge, Erkenntnismöglichkeiten und Probleme erkennen, auf die eine Statistik der Haushaltseinkommen orientiert sein muß. Die endgültige Auswertung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 wird noch wesentlich differenziertere Aussagen zur Einkommenssituation der privaten Haushalte ermöglichen.

Gerhard Schmidt

Zur Lage des Obstbaues an der Schwelle der 70er Jahre

An der Schwelle der 70er Jahre blickt die baden-württembergische Landwirtschaft auf ein Jahrzehnt intensiver Bemühungen um die Modernisierung und Neuordnung des heimischen Obstbaues zurück. Mit Unterstützung des Generalobstbauplans, der ein Bündel ineinandergreifender produktionstechnischer und marktwirtschaftlicher Maßnahmen, insbesondere die Umstellung auf modernen Intensivobstanbau in geschlossenen Anlagen vorsah, konnte sich der Obstbau einen im agrar- und wirtschaftspolitischen Allgemeininteresse angemessenen Umfang sichern¹. Sein Produktionswert übertrifft heute mit 500 Mill. DM die Erzeugungsleistung von Kartoffel-, Zuckerrüben-, Hülsenfrucht- und Weinbau zusammen. Die Zahl der Obstbaubetriebe behauptete sich mit gut 50 000 fast unverändert auf dem alten Stand, obwohl sich die der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe überhaupt um jährlich rund 6500 oder 2% verminderte. Die Verkaufserlöse für Obst stiegen zwischen 1960/65 und 1964/69 um nominal 21,5%, aber real nur um etwa 9%, was bei dem allgemeinen Anstieg der Betriebs- und Lebenshaltungskosten als ungenügend empfunden wird. In jüngster Zeit kommen bei einzelnen Obstarten außergewöhnliche Absatzschwierigkeiten hinzu, so daß sich unter den Obstbauern eine tiefe Beunruhigung breitmacht. Die immer schwierigere Absatzlage, insbesondere beim Kernobst, und die jüngsten Entschliefungen der EWG-Kommission, durch Rodungen das Obstangebot zu drosseln, haben die ernste Frage aufgeworfen, ob die Produktion im Hinblick auf den künftigen Obstverbrauch nicht doch zu stark ausgeweitet wurde.

Mäßige Produktionszunahme im letzten Jahrzehnt

Immerhin erreichte die Gesamtobernte Baden-Württembergs im Jahr 1969 mit 22,8 Mill. dz ihren bisher höchsten Stand; die Rekordapfelernte dieses Jahres (17,5 Mill. dz) übertraf sogar noch die bisher höchste Ernte von 1967 um 20%. Im Ablauf der Jahre zeichnet sich die Entwicklung zwar durch die bekannte Ertragsalternanz aus, doch ergibt sich beim Vergleich der Durchschnittsernten 1965/69 und 1961/65 nach den ob-

jektiven Erntemessungen eine Produktionszunahme von 31%. Der steigende Trend wird aber nur von wenigen Obstarten getragen, beim Kernobst von Äpfeln (+51%), beim Steinobst hauptsächlich von Pflaumen und Zwetschgen (+39%). Man muß nun allerdings berücksichtigen, daß sich Anfang der 60er Jahre beim Kernobst einige schwächere Erntejahre häuften und daher der Produktionszuwachs langfristig doch geringer ist. Zieht man zum Beispiel bei Äpfeln die Jahre 1955/59 zum Vergleich heran, so beträgt der Zuwachs nur noch 10%. Diese Produktionsentwicklung nimmt sich aber gegenüber den Zuwachsraten in anderen europäischen Ländern, wie Italien (+2,4 Mill. t Äpfel oder 31%) und Frankreich (+5,3 Mill. t oder 237%), vergleichsweise bescheiden aus². Bei Birnen errechnet

Tabelle 1
Entwicklung der Obsternten nach den Erntemessungen

Obstart	Durchschnitt 1961/65	Durchschnitt 1965/69	Veränderung
	in 1000 dz		%
Äpfel	6 457	9 774	+ 51,4
Birnen	3 740	3 606	- 3,6
Kernobst zusammen	10 197	13 380	+ 31,2
Kirschen	553	684	+ 23,7
Pflaumen/Zwetschgen	1 235	1 715	+ 38,9
Mirabellen/Rennekloden	118	108	- 8,5
Pfirsiche	112	142	+ 26,8
Aprikosen	3	2	- 23,3
Steinobst zusammen	2 021	2 651	+ 31,2
Baumobst insgesamt	12 250 ¹⁾	16 069 ¹⁾	+ 31,2
Beerenobst	~ 379	418	+ 10,3
Obst insgesamt	12 629	16 487	+ 30,5

¹⁾ Einschließlich Walnüsse.

sich für Frankreich bzw. Italien ein Zuwachs von 20% bzw. 43%, bei Pflaumen und Zwetschgen von 15% bzw. 6%. Die explosionsartige Entwicklung in diesen Ländern trug dazu bei, daß der Anteil des deutschen Obstbaues an der EWG-Apfelernte

¹ Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Baden-Württemberg: Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg, Orientierungsprogramm, Stuttgart 1966, S. 89.

² Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.